



Interview mit Werner Dreibus

Werner Dreibus ist Erster Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach und Mitglied des Deutschen Bundestages (DIE LINKE)

Warum gewinnen ausgerechnet die Protagonisten des neoliberalen Modells Bundestagswahlen? Warum gab es keine Mehrheit für einen grundlegenden Politikwechsel?

Zunächst einmal freue ich mich darüber, dass DIE LINKE bei den Bundestagswahlen so dazu gewonnen hat. DIE LINKE hat deutlich gemacht, dass sie für eine grundlegend andere Politik steht - gegen Hartz IV, gegen die Rente mit 67, für den gesetzlichen Mindestlohn und für den Abzug aus Afghanistan – und dafür ist sie gewählt worden. Die SPD hat den Politikwechsel dagegen nicht zu ihrem Programm gemacht. Sie war nicht bereit zu sagen, Hartz IV und die Rente mit 67 waren Fehler, die wir korrigieren werden. Ich denke, ein Teil der Menschen, die Schwarz-Gelb sehr wohl kritisch gegenüberstehen aber nicht gleich DIE LINKE wählen wollten, hat deshalb keine Alternative gesehen und ist erst gar nicht zur Wahl gegangen. Hinzukommt: Die CDU ist nicht mit einem offen neoliberalen Programm angetreten. Sie hat konkrete Aussagen darüber, wie sie die Krise überwinden will, vermieden und stattdessen auf völlig Nichtssagendes wie „Wir haben die Kraft“ und Kanzlerin Merkel gesetzt. Offensichtlich hat das auf viele Menschen beruhigend gewirkt, nach dem Motto: Schlimmer als es jetzt ist, wird es nicht werden.

Wie beurteilt ihr den Koalitionsvertrag der Bundesregierung im Hinblick auf seine Eignung, die Krise ökonomisch aber auch sozialpolitisch zu bewältigen? Was sind Eure größten Kritikpunkte?

Union und FDP geben keine neuen Antworten auf die aktuellen Probleme, vor die uns die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt. Vermögende und Profiteure von Finanzmarktspekulationen sollen nicht an den Kosten der Krise beteiligt, der Finanzmarkt nicht reguliert werden. Sie verzichten auf eine aktive, öffentliche Investitionspolitik und unterlassen es, den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Industrie voranzutreiben. Sie unternehmen auch nichts, um gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse vorzugehen. Dabei wäre das auch für die Stärkung der Sozialversicherungen, die Milliardendefizite zu verzeichnen haben, dringend notwendig. Arbeitslosigkeit und der Abbau von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten führen zu enormen Einnahmeverlusten der Sozialversicherungskassen. Und das einzige was Union und FDP dazu einfällt, ist die weitere Privatisierung und Entsolidarisierung siehe private Pflegeversicherung und Kopfpauschale. Die neue Regierung setzt weiter auf die alten Rezepte: Steuersenkungen für Besserverdienende und Unternehmen, Senkung der Arbeitskosten und die Selbstheilungskräfte des Marktes sollen zu mehr Wachstum und Wohlstand führen. Wohin diese Politik führt, haben wir gesehen. Die nächste Krise ist damit vorprogrammiert.

Stichwort Beschäftigungssicherung. Durch eine faire Verteilung der Arbeitszeit kann Beschäftigung in großem Umfang gesichert werden. Dazu sind neue arbeitszeitpolitische Initiativen erforderlich. Gibt es eine politische Debatte im Parlament, in den Parteien?

Wir haben heute das Phänomen, dass ein Teil der Beschäftigten immer länger arbeiten muss, während Millionen Menschen entweder gar keine Arbeit haben oder sich mit Teilzeitjobs zufrieden geben müssen. Dass Arbeitszeitverkürzung tatsächlich Beschäftigung sichert, erleben wir gerade in der Krise. Vor diesem Hintergrund ist jede Forderung nach einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit völlig absurd. DIE LINKE fordert die Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, um überlangen Arbeitszeiten wirksam einen Riegel vorzuschieben. Und wir wollen eine kürzere Vollzeit für alle. Hier sind die Gewerkschaften gefragt, in Tarifverhandlungen wieder Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich einzufordern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Gesetzgeber tarifliche Arbeitszeitverkürzung unterstützt, in dem er es zum Beispiel Betriebs- und Personalräten ermöglicht, mit rechtlich erzwingbaren Personal- und Stellenplänen durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit deutlich mehr Beschäftigung und weniger Leistungsdruck durchzusetzen. Aber wir sind noch am Beginn der Debatte, wie wir gemeinsam mit den Gewerkschaften beim Thema Arbeitszeit in die Offensive kommen können.

Ihr seid Gewerkschafter im Parlament. Welche Rolle spielen die Forderungen der IG Metall in Eurer Partei, z.B. der Zukunftsfonds?

Viele Forderungen der IG Metall sind auch die Forderungen der LINKEN. Ich denke hier nur an die strikte Regulierung der Leiharbeit und die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ oder die Abschaffung der Rente mit 67.

Interessante und erfolgversprechende Konzepte der Gewerkschaften werden natürlich von uns aufgegriffen und diskutiert. So will auch DIE LINKE einen Zukunftsfonds mit 100 Milliarden Euro einrichten, um zukunftsfähige, industrielle Arbeitsplätze zu schaffen und die Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Produkte umzusetzen. Unterschiede zum Konzept der IG Metall liegen insbesondere in der Frage, wer über die Vergabe der Mittel entscheidet. Aber dass dieser Fonds sinnvoll und notwendig ist steht für uns außer Frage.

Was zur Sicherung der Beschäftigung in der Automobilbranche geklappt hat, könnte in anderen sozialen, ökologischen, bildungspolitischen und kulturellen Feldern noch erheblich bessere Ergebnisse erzielen, beispielsweise im Rahmen eines umfassenden Programms zur Armutsbekämpfung. Seht ihr dafür Ansatzpunkte?

Nein, unter Schwarz-Gelb nicht. Dabei ist unbestritten, dass wir mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr brauchen. Nicht nur aus Gründen der Beschäftigungssicherung und -schaffung, sondern auch, weil es durch die jahrelange Unterfinanzierung mittlerweile dringende Bedarfe gibt. Daher reicht es auch nicht, ein einmaliges Programm aufzulegen. DIE LINKE geht davon aus, dass in diesen Bereichen Investitionen von etwa 100 Milliarden Euro jährlich notwendig sind, um die drohende Unterversorgung abzuwenden und unsere Gesellschaft zukunftsfest zu machen. Deswegen nennen wir das Programm auch Zukunftsprogramm. Immerhin könnten so gemeinsam mit dem Zukunftsfonds zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Was ist wirkungsvoller: öffentliche Investitionen oder Steuersenkungen und warum?

Die Steuern für Besserverdienende und Unternehmen sind in den vergangenen zehn Jahren bereits massiv gesenkt worden. Dank Rot-Grün zahlt ein Einkommensmillionär heute über 100.000 Euro weniger Steuern im Jahr als Ende der 90er Jahre. Durch die Senkung der Körperschaftsteuer, die bei Aktiengesellschaften und GmbHs erhoben wird, kam es von 2001 bis 2008 zu Steuerausfällen von insgesamt mehr als 100 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende der 90er Jahre. Würde die Annahme stimmen, dass weniger Steuern zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen, müssten wir eigentlich bereits Vollbeschäftigung haben. Tatsächlich waren im November 2009 jedoch fast 4,5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Steuersenkungen sind gerade jetzt angesichts der bereits durch die Krise entstehenden Steuerausfälle - Schätzungen gehen von 50-85 Milliarden Euro für 2010 aus - völlig irrwitzig. Der Staat sorgt damit selbst dafür, dass er noch weniger Geld zur Verfügung hat, das er für die Überwindung der Krise, für Sozialleistungen und die öffentliche Infrastruktur ausgeben kann. Er schafft sich heute den Sachzwang, um morgen den Sozialstaat weiter zusammenzustreichen. Zwar weigert sich die Regierung vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen die Finanzplanung der nächsten fünf Jahre auf den Tisch zu legen, doch der Chef-Haushälter der Union-Bundestagsfraktion hat bereits von der Notwendigkeit, 2011 zwischen 25 und 30 Milliarden Euro einsparen zu müssen, gesprochen. Von den Steuersenkungen profitieren vor allem Besserverdienende und Unternehmen. Die Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner und Kranken werden dafür bitter bezahlen, in dem sie immer weniger öffentliche Leistungen erhalten, für die sie dann privat aufkommen müssen. Investiert der Staat hingegen, sichert und schafft er direkt Beschäftigung und sorgt gleichzeitig dafür, dass die Menschen eine vernünftige Daseinsvorsorge erhalten.

Wie steht ihr zur Besteuerung großer Vermögen?

Ohne eine sozial gerechte Steuerreform werden wir die Probleme, vor denen unsere Gesellschaft steht, nicht lösen können. Rund drei Viertel des Steueraufkommens werden momentan durch die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aufgebracht, d.h. es sind vor allem die Beschäftigten, die den Staat finanzieren. Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt gerade einmal 0,9 Prozent. Das ist weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. In Großbritannien werden dagegen vermögensbezogene Steuern in Höhe von 4,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhoben. Hätten wir in Deutsch-

land einen derartigen Satz, würde das rund 90 Milliarden Euro in die Staatskasse spülen. Wenn wir die Kosten der Krise, den sozial-ökologischen Umbau und mehr statt weniger Sozialstaat finanzieren wollen, dann müssen Besser- und Bestverdienende, Vermögende und große Unternehmen einen größeren Anteil leisten als bisher. Deshalb fordern wir auch, die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen. Privatvermögen von über einer Million Euro sollten mit mindestens fünf Prozent besteuert werden.

Wie seht ihr die Chance eines rot-rot-grünen Bündnisses auf Bundes- und Landesebene?

Wenn wir nicht in noch schlimmere wirtschaftliche, soziale und politische Krisen geraten wollen, ist ein umfassender Politikwechsel eine absolute Notwendigkeit. Ich halte das für eine Verpflichtung für SPD, Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE, ihr politisches Handeln an diesem Ziel auszurichten.